



Landes-SGK EXTRA Brandenburg

SONDERHEFT APRIL | 2016

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

Reform und dann?

Einladung zum Kommunalkongress 2016



Ines Hübner, Bürgermeisterin von Velten und Landesvorsitzende der SGK Brandenburg

Foto: Christian Maaß/SGK Brandenburg

Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,

vor einem knappen Jahr hat Innen- und Kommunalminister Karl-Heinz Schröter seinen Leitbildentwurf zur Verwaltungsstrukturreform vorgelegt. Seither wurde viel debattiert über die Funktionalreform und (leider) noch um einiges mehr über die damit verbundene Kreisgebietsreform.

Warum leider? Voraussetzung für zukunftsfähige Verwaltungen in den Kommunen ist ein Aufgabenzuschnitt, der den sich ändernden demografischen und finanziellen Rahmenbedingungen Rechnung trägt. Wer aber in den vergangenen Monaten einige der vielen Veranstaltungen, die vom Ministerium, der SGK oder den kommunalpolitischen Vereinigungen anderer Parteien, den Verbänden und Gewerkschaften zum Thema Verwaltungsstrukturreform durchgeführt wurden, miter-

lebt hat, wird bestätigen können, dass die Diskussion nur selten um Aufgaben kreiste, die von der Landesebene auf die Ebene der Kreise oder Gemeinden übertragen werden können und in welcher Form diese dann wahrgenommen werden sollten. Stattdessen wurde eine normativ überladene Debatte geführt, die den Titel „Kreisfreiheit oder Tod“ verdient hätte. Mit hohem organisatorischen und wohl auch finanziellen Aufwand wurde eine Frage in den Vordergrund geschoben, die erst als zweites hätte beantwortet werden sollen: in welchen (Kreis-)Grenzen sollen die Aufgaben wahrgenommen werden, die in Zukunft den Kreisen zufallen. An die Stelle einer inhaltlichen Debatte trat mal mehr, mal weniger talentierte Kartenmalerei. Das ist zwar anschaulich, aber längst nicht ausreichend. Zum Glück ist die Chance, sich fundiert mit den Aufgaben auseinanderzusetzen, die vom Land, von den Kreisen oder Gemeinden wahrgenommen wer-

den sollen, noch nicht vertan. In Kürze wird dem Leitbildentwurf ein Leitbild folgen. Nach dessen Veröffentlichung wird sich der Landtag ein Jahr Zeit für den Gesetzgebungsprozess nehmen und der Reform seinen Stempel aufdrücken. Die Gelegenheit, auf den parlamentarischen Weg Einfluss zu nehmen, wollen auch wir als SGK Brandenburg nicht verstreichen lassen.

Breites Themenspektrum für Kommunalkongress 2016 – Reform, Migration, Altanschießer

Am 11. Juni 2016 wird in der Heimvolkshochschule Seddiner See der diesjährige Kommunalkongress der SGK Brandenburg stattfinden. Schon jetzt möchte ich Euch herzlich zu dieser Veranstaltung einladen. Gemeinsam mit unseren Abgeordneten aus dem Landtag werden wir uns unter anderem dem unausweichlichen Thema Verwaltungsstrukturreform stellen. Darüber hinaus führt auch an ande-

Inhalt

„Sozialer Wohnungsbau 2.0“

Blick über den Horizont:
Warschau

„Schulstart“ wirkt,
ist wichtig und geht
auch 2016 weiter

ren Themen, die uns „Kommunalen“ auf den Nägeln brennen, kein Weg vorbei. Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, vor allem die Finanzierung dieser Aufgaben, wirft noch immer mehr Fragen auf, als wir Antworten von der Landes- und Bundesebene erhalten. Die uns seit Jahren beschäftigende Problematik der sogenannten Altanschießer droht, zu einem landesweiten Fiasko zu werden. Darüber hinaus wissen wir, dass die jetzt geplante Verwaltungsstrukturreform längst noch nicht das Ende des Reformprozesses sein kann und darf, der Brandenburgs Kommunen zukunftsfähig machen soll. Diskutieren wir offen und ehrlich miteinander, welchen Weg unsere Kommunen jenseits des Wahljahres 2019 beschreiten sollen. Es gibt also reichlich Stoff für einen debattenreichen Kongress und ich freue mich auf die Diskussion mit Euch.

Eure

Ines Hübner

Bürgermeisterin der Stadt Velten und Landesvorsitzende der SGK Brandenburg

„Sozialer Wohnungsbau 2.0“

Zweites gemeinsames Strategiegelgespräch von SPD-Landtagsfraktion und SGK

Autorin Janina Pröttsch, Praktikantin bei der SGK Brandenburg, Studentin des Masterstudiengangs Verwaltungswissenschaft an der Universität Potsdam

Am 14. März fand das zweite Strategiegelgespräch zum Thema „Sozialer Wohnungsbau 2.0“ statt. Mit dem Strategiegelgespräch wird eine Veranstaltungsreihe fortgesetzt, die die SGK gemeinsam mit Landes- und kommunalen Vertretern durchführt. Sie bietet für die Landes- und kommunale Ebene die Möglichkeit, miteinander in einen Dialog zu treten.

sind derzeit Wohnraummangel und steigende Mieten. Drei konkrete Handlungsbedarfe wurden in diesem Zusammenhang festgestellt:

- preiswerter Wohnraum muss in Wachstumsregionen erhalten und geschaffen werden,
- schrumpfende Städte müssen konsolidiert und

Neubautätigkeiten im Berlin-nahen Raum. Ziel ist es, dass 2000 neue Wohneinheiten mit Belegungsbindung errichtet werden.

Nach einer inhaltlichen Einführung der Ministerin Kathrin Schneider folgten Präsentationen der Potsdamer Wohnungsbaugesellschaft „Pro Potsdam“ durch ihren Geschäfts-

Bebauung durch die Wohnungsbaugesellschaft.

In Potsdam wird hingegen auf andere Instrumente gesetzt: Es werden Boni für Mieterinnen und Mieter angeboten, die sich für eine kleinere oder eine gemeinsame Wohnung entscheiden sowie für Familien mit Kindern. Der „Kinder-Bonus“ sieht beispielsweise einen Mietnachlass von 50 Euro pro Kind und Monat auf den Gesamtmietpreis vor. Die Nachverdichtung im innerstädtischen Raum sei hier aufgrund mangelnder Freiflächen schwierig, heißt es. Ebenso erschweren Altlasten, denkmal- sowie naturschutzrechtliche Belange den Neubau. In einer sich an die Präsentationen anschließenden Diskussion konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung, unter denen auch weitere Vertreterinnen und Vertreter kommunaler Wohnungsbaugesellschaften waren, ihre Anliegen einbringen.



Im Podium diskutierten u.a. (v.l.n.r.) Bürgermeister Dr. Lutz Franzke, Infrastrukturministerin Kathrin Schneider, Fraktionsvorsitzender Mike Bischof, MdL Jutta Lieske, SGK-Schatzmeister Dr. Harald Sempf und der stellvertretende SGK-Vorsitzende Christian Großmann

Foto: N. Rochlitzer/SGK Brandenburg

Hintergrund der Veranstaltung ist das Ziel Brandenburgs, „eine sozial gerechte Verteilung der Wohnungen“ anzustreben, welches in Artikel 2 Absatz 2 der Kommunalverfassung festgesetzt ist. Dem hat sich die Landesregierung nach längerer Zeit des Stillstandes nun erneut angenommen. Sie will die finanzielle Förderung von sozialem Wohnungsbau ermöglichen und damit auf die sinkende Belegungsbindung beim Gebäudebestand reagieren. Probleme vor allem Berlin-naher Regionen

- bestehender Wohnraum muss dem demografischen Wandel angepasst werden.

2000 neue Wohneinheiten mit Belegungsbindung als Ziel

Für die soziale Wohnraumförderung stellt das Land nun jährlich 100 Millionen Euro zur Verfügung, wovon 30 Millionen Euro aus Bundesmitteln stammen. Insgesamt 30 Millionen Euro werden als Zuschüsse vergeben. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung von

führer Horst Müller-Zinsius sowie ein Überblick über die Situation der Stadt Königs Wusterhausen durch ihren Bürgermeister Dr. Lutz Franzke. Königs Wusterhausen strebt u. a. eine Einmaleinlage aus städtischen Haushaltsmitteln in die kommunale Wohnungsbaugesellschaft an, um den Mietpreis für Sozialwohnungen auf 6,50 Euro/m² zu halten. Ein weiteres Mittel der Stadt, um günstigen Wohnraum zu erhalten und weiteren Wohnraum zu schaffen, ist die Freigabe städtischer Grundstücke für die

Einführung einer zweiten Einkommensgrenze

Diskutiert wurde unter anderem auch über die notwendige Höhe von Neubaumieten und Nachverdichtung in innenstadtnahen Quartieren. Neu eingerichtet wird vom Land zudem eine zweite Einkommensgrenze. So sollen auch Mieterinnen und Mieter, deren Einkünfte die Einkommensgrenze für einen Wohnberechtigungsschein um bis zu 40 Prozent übersteigen, die Möglichkeit bekommen, geförderten Mietwohnraum zu beziehen. Dafür sind differenzierte Mieten vorgesehen, sodass Mieterinnen und Mieter unter der zweiten Einkommensgrenze einen leicht höheren Mietpreis entrichten als sie unter der ersten Einkommensgrenze bezahlen müssten. Mit angestrebten 7,00 Euro/m² ist der Mietpreis für Mieterinnen und Mieter unterhalb der zweiten Einkommensgrenze dennoch deutlich niedriger als im nicht-geförderten Wohnraum.

DAS DEBATTENMAGAZIN

Die alten Lösungen taugen nicht mehr, die neuen kommen nicht von selbst: Die Berliner Republik ist der Ort für die wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit – progressiv, neugierig, undogmatisch.



Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-62, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint fünf Mal im Jahr. Sie ist zum Preis von 8,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen: Jahresabo* 40,- €; Studentenjahresabo* 25,- €. Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich.

*Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.



Teilnehmer der Seminarfahrt im Sejm, dem polnischen Parlament.

Fotos (2): N.Rochlitzer/SGK Brandenburg

Blick über den Horizont: Warschau

Seminarreise der SGK Brandenburg in die polnische Hauptstadt

Autor Niels Rochlitzer

Noch ist Polen nicht verloren. Diese Worte klangen den Teilnehmern der dreitägigen Seminarreise der SGK Brandenburg nach Warschau immer wieder in den Ohren. Die erste Zeile der polnischen Nationalhymne könnte treffender kaum sein. In seiner Geschichte wurde das Land an Oder, Weichsel und Bug von schweren Schicksalen nicht verschont, dreimal geteilt, immer wieder von fremden Mächten besetzt. Die Hoffnung, mehr noch den Kampf um ein unabhängiges Land haben die Polen dennoch nie aufgegeben. Bis in das 20. Jahrhundert hinein waren es vor allem die deutschen und russischen Nachbarn, welche das Land bedrohten. Heute fürchten viele Polen, die eigene Regierung könne die Zukunft des Landes verspielen. Seit den Parlamentswahlen im Herbst 2015 regiert die nationalkonservative PIS das Land mit absoluter Mehrheit und zunehmend autoritär. Der sozialdemokratische SLD verfehlte sogar, nachdem er schon seit Jah-



Sejm-Abgeordneter Marek Krzakała (in der Mitte) von der Bürgerplattform PO im Gespräch mit den Seminarteilnehmern.

ren keiner Regierungskoalition mehr angehörte, ganz den Einzug in den Sejm, das polnische Parlament. Ähnlich desaströs ist für die Sozialdemokraten die Situation im Stadtrat Warschaus: Kein einziger Vertreter des SLD gehört der Rada Miasta an. Die bürgerlich-liberale Bürgerplattform PO dominiert hier und lenkt die Geschicke der Landeshauptstadt. Sowohl die Mehrheit im Stadtrat als auch die Stadtpräsidentin Warschaus gehören der Partei an, deren Mitglied auch EU-Ratspräsident Donald Tusk ist. Von den 51 polnischen Abgeordneten im Europäischen Parlament sind gerade einmal fünf Sozialdemokraten.

Rosige Zeiten erlebt die polnische Sozialdemokratie in diesen Tagen also nicht. Umso wichtiger erschien der SGK Brandenburg die Erkundung der Situation vor Ort. Polen, der große Nachbar im Osten, ist Brandenburg durch zahlreiche Städtepartnerschaften verbunden, die Wirtschaft beider Länder kooperiert insbesondere in der Grenzregion zunehmend, es gibt mittlerweile eine Vielzahl Berufspendler über die Grenze, in zahlreichen Feldern der Zivilgesellschaft wächst die Zusammenarbeit. Ganz gleichgültig also, wer dies- oder jenseits von Oder und Neiße die politischen Geschicke lenkt, gibt es eine Fülle von Gesprächsthemen und es gilt, den Dialog zu pflegen, einander (noch besser) kennen zu lernen und Verständnis füreinander zu entwickeln.

Gerade einmal gut fünf Zugstunden trennen Warschau und Brandenburg voneinander, der Flug dauert nur etwas mehr als eine Stunde. Es war also keine Weltreise, auf die sich die SGK begeben musste, und doch war es das erste SGK-Seminar seit langem, das im Ausland durchgeführt wurde. Als Partner bei der Organisation und Durchführung erwies sich der noch junge Deutsch-Polnische Gesundheits- und Sozialverband mit seinem Schatzmeister Enrico Triebel und dem Büroleiter Sebastian Adamski als idealer Partner mit Sprach- und Ortskenntnis. Von dieser Kooperation war auch das Programm des Seminars geprägt und beinhaltete kommunale Themen ebenso wie solche der Gesundheits- und Sozialpolitik. Gespräche bei der

Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, beim Diakonischen Werk Polens, mit dem Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau sowie Besuche in Einrichtungen des Pflege- und Gesundheitswesens erlaubten einen Blick in die aktuelle Problemlage eines Landes, das mit ähnlichen demografischen Entwicklungen zu kämpfen hat wie Brandenburg. Insbesondere die leeren Kassen der staatlichen Krankenversicherung bergen Zündstoff für künftige Konflikte und sorgen schon heute dafür, dass die Gesundheitsversorgung zum Teil nur auf das Nötigste beschränkt bleibt.



Das „Ehrenmal der Helden des Ghettos“, Ort des historischen „Kniefalls von Warschau“ des Bundeskanzlers Willy Brandt

Foto: N.Rochlitzer/SGK Brandenburg

Ähnlich leer ist die polnische Rentenkasse, weshalb in den vergangenen Jahren das Renteneintrittsalter drastisch erhöht wurde. Nicht erst seither wird die politische Debatte von ähnlichen Grabenkämpfen geprägt, wie sie die Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung

zwischen 2003 und 2005 erlebte. Verantwortlich für die in Polen auf wenig Akzeptanz stoßenden Reformen war die bürgerlich-liberale Bürgerplattform PO, deren großer Widersacher die Partei Recht und Gerechtigkeit (kurz PIS) des ehemaligen

Premierministers Jarosław Kaczyński ist. Unter anderem mit dem Wahlversprechen, diese Reformen rückgängig zu machen und zugleich das Kindergeld deutlich zu erhöhen, konnte die PIS ihren Erdrutschsieg bei den vergangenen Parlaments-

wahlen im Herbst 2015 erzielen. Seitdem die PIS nun wieder Regierungspartei ist, lässt sie keine Gelegenheit verstreichen, alle öffentlichen Ämter, derer sie habhaft werden kann, mit eigenen Gefolgsleuten zu besetzen. Einschränkungen der Pressefreiheit,

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de

eine zunehmende internationale Isolierung, Desinteresse an der europäischen Integration und Missachtung der Verfassungsgerichtsbarkeit spielen die Begleitmusik.

Einblicke in die heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen konnte den Seminarteilnehmern der Sejm-Abgeordnete Marek Krzakała von der Bürgerplattform PO geben, der die Gruppe im Parlament zu einem ausführlichen Gespräch empfing. Krzakała war bis vor Kurzem Sprecher der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe im Sejm (ein Posten, der seit Kurzem auch von einem Abgeordneten der PIS bekleidet wird). Seine Schilderungen zeichnen das Bild eines Landes, das einer-



Warschau kulinarisch: Pirogen sind ein Muss jeder Polenreise. Foto: N.Rochlitzer/SGK Brandenburg

seits seit seiner politischen Wende 1989 eine immense wirtschaftliche Entwicklung erlebt hat, heute prosperierend und europäisch integriert ist, andererseits im Vergleich mit vielen europäischen Partnern noch Nachholbedarf hinsichtlich der Lebensverhältnisse und Infrastruktur hat. Zugleich betonte aber der Parlamentarier auch sein Vertrauen in die Vernunft der Polen und in das demokratische System seines Heimatlandes: „Noch ist Polen nicht verloren.“ Die SGK Brandenburg jedenfalls setzt den begonnenen Dialog fort und wird die Entwicklung der polnischen Politik und Gesellschaft weiterverfolgen. Die Seminarreise nach Warschau wird im kommenden Jahr eine Fortsetzung finden.

„Schulstart“ wirkt, ist wichtig und geht auch 2016 weiter – Ein Modellprojekt für das ganze Land?!

Studie bestätigt Wichtigkeit und Wirkung von Projekten wie „Schulstart – Gleiche Chancen für alle!“

Autor Ivo Haase, Projektleiter

Eine neue Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bestätigt den Bedarf an Unterstützung für Familien, die bereits von staatlichen Leistungen, z. B. dem Bildungs- und Teilhabepaket, profitieren.

Untersucht wurde, ob das 2011 eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung (BuT) genügend Mittel zur Verfügung stellt, um Kindern aus bedürftigen Familien gleichberechtigte Teilhabe am Schulleben zu ermöglichen. Die Publikation zur Studie wurde Ende Januar im Landeskirchenamt in Hannover vorgestellt. Die quantitative und qualitative Untersuchung belegt, dass die Schulbedarfskosten mit der Leistung zur Ausstattung im SGB II und dem BuT in der Tat bei weitem nicht gedeckt werden können. Die Autoren der Studie empfehlen daher, die entsprechenden Leistungen anzupassen und in den Schulen mehr Kostenklarheit einzuführen. Das sind die wichtigsten Ergebnisse der Studie:

- Die jährlichen Kosten für Schulbedarf summieren sich in Niedersachsen auf teilweise mehr als 300 Euro.
- Je nach Jahrgangsstufe schwanken die durchschnittlichen Schulbedarfskosten pro Schuljahr stark. Die höchsten Kostenbeträge entstehen im Einschulungsjahr (300 Euro), im Übergang zu einer weiterführenden Schule (350 Euro) und in den Klassenstufen 7/8.
- In keinem der Schuljahre 1 bis 10 liegen die durchschnittlichen Schulbedarfskosten unter 150 Euro. In Gymnasien, Realschulen, Oberschulen und Gesamtschulen bewegen sie sich in den Klassenstufen 5 bis 10 immer über 200 Euro.

Die vorhandene Lücke zwischen staatlicher Unterstützung und tatsächlichem Bedarf wird in der Region Ostprignitz-Ruppin (OPR) durch das Projekt „Schulstart – Gleiche Chancen für alle!“ geschlossen. Ziel des Projektes ist es, allen bedürftigen schulpflichtigen Kindern (bis zur 10. Klasse) bzw. deren Familien, die auf die Dienstleistungen der Neuruppiner Tafel ange-

wiesen sind, den jährlichen Kauf einer Grundausstattung an Schulbedarf zu ermöglichen. Für jedes schulpflichtige Kind bekommen die Familien einen Gutschein in Höhe von 50 Euro. Dieser kann in einem Schreibwarengeschäft in Neuruppin eingelöst werden. Der jährliche Bedarf an Gutscheinen wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Neuruppiner Tafel beziehungsweise seit 2014 auch von den Sozialarbeiterinnen des Übergangswohnheims in Neuruppin für den gesamten Landkreis OPR ermittelt.

Außerdem bekommen alle Kinder der Zielgruppe, die eingeschult werden, ein Schulranzen-Set (Schulranzen, Federmappe, Sportbeutel, Brotbüchse usw.) im Wert von 150 Euro bis 200 Euro. Wir haben uns bewusst für hochwertige Schulranzen-Sets entschieden, da nicht schon am ersten Schultag soziale Unterschiede an materiellen Dingen deutlich werden sollen. Überdies hinaus sollen die schönen Schulranzen-Sets die Kinder motivieren und ihnen eine besondere Freude bereiten. Der po-

sitive Effekt wird uns immer wieder von der Neuruppiner Tafel bestätigt. Ein weiteres Ziel ist es, immer wieder darauf hinzuweisen und ein Bewusstsein zu schaffen, dass es auch in unserer relativ reichen Gesellschaft relativ arme Familien und im Besonderen Kinder gibt. Wir wollen damit einen Beitrag leisten, dass wir uns nicht mit der bestehenden Situation zufrieden geben, sondern weiter gemeinsam daran arbeiten, (Kinder-)Armut zu bekämpfen und zu überwinden. Wir haben uns für Gutscheine an Stelle von Schulmaterialien entschieden, weil die gemeinsame und selbstbestimmte Auswahl der Schulmaterialien für uns ein elementarer Teil des Projektes – und eigentlich eine Selbstverständlichkeit – ist. Vom Jobcenter Ostprignitz-Ruppin wurde gleich zu Beginn des Projektes versichert, dass weder die Gutscheine noch die Schulranzen-Sets auf die Leistungen der Behörde an die Familien angerechnet werden. Der Hinweis dazu kam von der Bundestagsabgeordneten Dagmar Ziegler.

Bei den Kindern, die durch Flucht nach Deutschland gekommen sind, soll die Unterstützung durch „Schulstart“ zusätzlich ein Zeichen des Willkommens sein und ihnen sowie ihren Familien zeigen, dass sie zu uns gehören und unsere Solidarität haben.

„Wir sind froh und stolz, dass seit dem Jahr 2014 nicht nur die Familien, die die Dienstleistungen der Neuruppiner Tafel nutzen, zu unserer Zielgruppe gehören, sondern auch alle Familien mit schulpflichtigen Kindern aus Flüchtlingsfamilien im Landkreis OPR“, so Ivo Haase (Projektleiter). „Zusätzlich möchten wir im Jahr 2016 ein unkompliziertes Beratungsangebot für die Eltern unserer Zielgruppe schaffen, um diese über die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes zu informieren und ihnen gegebenenfalls bei der Antragstellung zu helfen.“

In Zusammenarbeit mit der AWO OPR, der Neuruppiner Tafel, dem Übergangwohnheim in Treskow,

dem Leoclub Neuruppin und dem Lions Club werben u. a. die Wirtschaftsjunioren OPR und die Ruppiner Wirtschaftsgemeinschaft auf zahlreichen Veranstaltungen und durch eigene Aktionen um Spenden. Allein im Jahr 2015 kamen so mehr als 11.000 Euro für „Schulstart“ zusammen. So konnte auch im vergangenen Jahr der stark gestiegene Bedarf gedeckt werden.

Wie viele Menschen hat unser Projekt bis jetzt tatsächlich erreichen können?

Antwort: seit dem Projektstart im Jahr 2010: über 500 Kinder und deren Familien (Neuruppiner Tafel); seit 2014: 70 Kinder und deren Familien (Flüchtlingsfamilie im Landkreis OPR)

Wie unterscheidet sich unser Projekt von anderen Hilfsangeboten?

Antwort: Unser Projekt basiert auf Vertrauen gegenüber den Fachleuten (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Neuruppiner Tafel und des Über-

gangwohnheims) und gegenüber den Projektpartnern, z. B. Schreibwarengeschäft.

Wir verzichten auf Antragsverfahren, unnötige Bürokratie, Einzelfallprüfung und Verwendungsnachweise (der einzige Nachweis ist der Gutschein). Das spart Ressourcen (im Besonderen Geld und Zeit), senkt die Hemmschwelle für die Mitglieder unserer Zielgruppen und respektiert die Würde der betroffenen Menschen.

Die große Bedeutung des Projektes zeigt sich auch in der Unterstützung zahlreicher Landes- und Bundespolitiker.

Besondere Ereignisse im Jahr 2015:

- Die Übergabe für die Gutscheine und der Schulranzen-Sets an das Team der Ruppiner Tafel fand am 4. Juni 2015 in Anwesenheit von Bildungsminister Günter Baaske statt. An den Übergabeveranstaltungen

nehmen Projektpartner, Medienvertreter und Sponsoren teil. Die Übergabe der Gutscheine und der Schulranzen-Sets an die Familien erfolgt ohne Öffentlichkeit durch das Team der Tafel.

- Bereits am 2. Juni wurden, in Anwesenheit von Klaus Ness (Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag), die Gutscheine und Schulranzen-Sets für die Schulkinder aus den Flüchtlingsfamilien übergeben; ausnahmsweise in Anwesenheit der Familie.
- Abschlussveranstaltung „Schulstart 2015“: Auch Sozialministerin Golze, die sich im Besonderen der Bekämpfung von Kinderarmut widmet, hat sich am 9. September im Rahmen der Abschlussveranstaltung des diesjährigen Projektjahres einen persönlichen Eindruck vom Projekt machen können.
- Fahrt in den Tierpark: Am 20. September 2015 fuhren über 50 Kinder aus den Übergangwohnheimen in Neuruppin und in Lentzke sowie der Neuruppiner Tafel in den Tier-

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

JETZT kostenlos Probelesen!

DEMO als Zeitung im neuen Format

Probeabonnement für 3 Ausgaben jetzt kostenlos bestellen:
www.demo-online.de
 ☎ 030/740 73 16-61

Dieses Abonnement ist kostenfrei und läuft automatisch aus.

park Kunsterspring. Die Fahrt nach Kunsterspring wurde aus dem Fonds zur „Unterstützung ehrenamtlicher Willkommensinitiativen“ des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie gefördert.

- Fahrt zu den Füchsen Berlin: Am 18. Oktober 2015 fuhren 60 Neuruppinerinnen und Neuruppiner (Ruppiner Tafel, ÜWH und HCN) zu einem Bundesliga-Handballspiel der Füchse Berlin. Der Ausflug im Rahmen des Projektes „Schulstart“ erfolgte auf Einladung der Füchse Berlin.

„Schulstart“ wird Stipendiat bei startsocial: Damit „Schulstart“ auch in den nächsten Jahren erfolgreich sein kann, hat sich das Projekt in diesem Jahr erfolgreich bei der Initiative „startsocial“ beworben. Ziel des Stipendiums ist es, Unterstützung bei der Umsetzung verschiedener Ziele zu erhalten, darunter die Akquise von Spenden über eine Online-Plattform sowie die bessere Einbeziehung von Unterstützerinnen und Unterstützern.

Die Online-Spendensammlung wurde inzwischen eingerichtet und ist unter folgendem Link erreichbar: www.betterplace.org/p38210. Die Spendensammlung ist sowohl für die Unterstützerinnen und Unterstützer, als auch für das Projekt kostenlos. Die ersten Spenden sind bereits eingegangen. Wir wollen damit ein geeignetes und unkompliziertes Angebot, vor allem für Kleinspender, bieten.

Auf unserer neuen Internetpräsenz können sich Interessierte nicht nur über das Projekt informieren, sondern auch spenden. Internetseite „Schulstart“: www.schulstart-gleiche-chancen.de Auf unserer Fansseite bei Facebook

Stipendiat bei startsocial

Projektstart: 2010
Zielsetzung: spendenfinanzierte Gutscheine und Schulranzensets für Erstklässler aus einkommensschwachen Familien, seit 2015 auch für schulpflichtige Kinder aus Flüchtlingsfamilien

Ideengeber & Projektleiter: Ivo Haase
Projektpartner: AWO Ostprignitz-Ruppin, Neuruppiner Tafel, PeHa GmbH, Lions Club Neuruppin, Leoclub Neuruppin, WJ OPR, ÜWH Treskow, rosengrün kommunikation

Spendenvolumen 2015: 11.000 € (166 Gutscheine, 22 Schulranzen-Sets)

„Nach dem Kindergarten wird in der Schule ein weiterer wichtiger Grundstein für das ganze Leben gelegt. Wir dürfen einfach kein Kind zurücklassen!“
 Projektleiter Ivo Haase

„Ich unterstütze das Projekt, weil jedes Kind in unserem Land die gleichen Bildungsmöglichkeiten erhalten muss.“
 Sebastian Seidels, MdB

„Das Projekt zeigt über die Jahre, dass unsere Hilfe gebraucht wird, aber auch, wie dankbar sie angenommen wird.“
 Melanie Schreier, Kreisrätin der WJ OPR

www.schulstart-gleiche-chancen.de

Projektpartner: AWO, PeHa, WJ, RWC, rosengrün kommunikation

informieren wir nicht nur regelmäßig über unsere Projekte, sondern zusätzlich machen wir auf interessante Hilfsmittel, Publikationen und Unterstützungsangebote für ehrenamtliche Initiativen aufmerksam. Fansseite (FB) „Schulstart“: www.facebook.com/Schulstartspendensammlung

Der Bedarf an Gutscheinen und Schulranzen-Sets wird im Jahr 2016 den Bedarf des vergangenen Jahres weit übersteigen. Das hat in erster Linie mit der steigenden Anzahl an schulpflichtigen Kindern aus Flüchtlingsfamilien in unserem Landkreis zu tun. Unser Ziel ist es, diesen Bedarf trotzdem und gerade deshalb zu decken und wir werden dieses Ziel, gemeinsam mit alten und neuen Unterstützerinnen und Unterstützern, erreichen. Der vorläufige Bedarf an Schulranzen-Sets und Gutscheinen wurde, wie in den Vorjahren, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Neuruppiner Tafel ermittelt. Es werden bisher 11 Schulranzen-Sets und 96 Gutscheine benötigt. Dafür werden Spenden in Höhe von rund 6500 Euro benötigt. „Mit dem Projekt werden die Teilhabechancen von Kindern verbessert und damit ein erfolgreicher Schulstart

ermöglicht“, sagt Gabriela Manthei, die Leiterin der Neuruppiner Tafel.

Hinzu kommen noch die Schulkinder aus dem Übergangwohnheim in Treskow sowie alle anderen schulpflichtigen Kinder, die als Geflüchtete in den Landkreis OPR gekommen sind. Hier zeichnet sich ein Rekordbedarf ab. Bei den Kindern, die durch Flucht nach Deutschland gekommen sind, soll die Unterstützung durch „Schulstart“ zusätzlich ein Zeichen des Willkommensein und ihnen sowie ihren Familien zeigen, dass sie zu uns gehören und unsere Solidarität haben.

„Wir freuen uns, dass so viele geflüchtete Kinder eingeschult werden oder bereits zur Schule gehen, auch wenn das unser Projekt vor große Herausforderungen stellt“, so Ivo Haase (Projektleiter). „Aber wir schaffen das und wir wollen es auch unbedingt schaffen!“

Bisher wurden uns 259 Schulkinder gemeldet, von denen 34 eingeschult werden und die somit, neben dem Gutschein, auch ein Schulranzen-Set von uns erhalten sollen. Der Bedarf wird mit Sicherheit noch steigen,

aber schon jetzt sind dafür zusätzliche Spenden in Höhe von mindestens 18.000 Euro nötig.

„Das Projekt ‚Schulstart‘ ist besonders für Flüchtlingskinder sehr wichtig, da diese so weder aufgrund ihrer Nationalität noch aufgrund der sozialen Verhältnisse einen schlechteren Schulstart haben. So haben auch diese Kinder von Beginn an die Chance, in die Klasse integriert und nicht infolge fehlender Ausstattung ausgegrenzt zu werden. Viele der Flüchtlingskinder hatten zuvor leider nicht die Möglichkeit, einen Kindergarten zu besuchen, und freuen sich daher umso mehr, den Alltag mit Gleichaltrigen zu verbringen und ihren Wissensdurst zu stillen. Der Schulstart ist deshalb etwas ganz Besonderes für diese Kinder, und ein neuer, eigener Schulranzen steigert die Vorfreude auf die Schule umso mehr. Wir sind sehr dankbar, beim Projekt ‚Schulstart‘ dabei sein zu dürfen!“ (Stefanie Kühl & Franziska Seidel, Ruppiner Kliniken/Übergangwohnheim Neuruppin)

Schon jetzt sind viele Spenden der Institutionen eingegangen, die uns seit 2010 unterstützen, darunter der Lions Club Neuruppin (1000 Euro), die Wirtschaftsjuvenen OPR (250 Euro), der Leoclub Neuruppin (250 Euro), die AWO (500 Euro) und die PeHa GmbH (250 Euro). Mit 500 Euro wurde unser Projekt durch die Aktion „Sterntaler“ der Märkischen Allgemeinen Zeitung unterstützt. Besonders freut uns die Unterstützung unserer kommunalen Unternehmen, darunter die Ruppiner Kliniken, die AWU OPR und die Sparkasse OPR. Auch die regionale Wirtschaft unterstützt unser Projekt in erheblichem Umfang. Besonders freut uns, dass wir in diesem Jahr auch von der Aktion „Total hilft Helfern“ (3000 Euro) unterstützt werden. Insgesamt konnten so in diesem Jahr bereits Spenden in Höhe von mehr als 15.000 Euro gesammelt werden.

Spendenkonto:

Projekträger: AWO OPR e. V.
 Bankverbindung: DE65 1605 0202 1621 0124 56 (IBAN; Sparkasse OPR)
 Stichwort: „Spende“ (Wir können Zuwendungsbescheinigungen ausstellen.)
 Bei Fragen, stehe ich gerne unter Tel.: 0170-9277077 zur Verfügung.
 Vielen Dank und herzliche Grüße.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
 SGK Brandenburg e.V.,
 Alleestraße 9, 14469 Potsdam
Redaktion: Niels Rochlitzer, V.i.S.d.P.
 Telefon: (0331) 73 09 82 01
Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
 Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
 Telefon: (030) 255 94-100
 Telefax: (030) 255 94-192
Anzeigen: Henning Witzel
Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
 & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld